

Stimmen der Weltkirche
Europa

Nr. 39

Europa:
In Verantwortung vor Gott
und den Menschen

Texte zum 50. Jahrestag
der Unterzeichnung der Römischen Verträge

25. März 2007

Europa:
In Verantwortung vor Gott
und den Menschen

Texte zum 50. Jahrestag
der Unterzeichnung der Römischen Verträge

25. März 2007

Europa: In Verantwortung vor Gott und den Menschen. Texte zum 50. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge.

Für den Text von Papst Benedikt XVI.:

© Copyright 2007 – Libreria Editrice Vaticana

Stimmen der Weltkirche – Europa, Nr. 39. Herausgegeben vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Bonn 2007.

Inhalt

Geleitwort	5
------------------	---

Europa: In Verantwortung vor Gott und den Menschen

Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz zum 50. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge.....	7
--	---

Ein Europa der Werte

Die ethische Dimension der Europäischen Union

Bericht eines von der Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft (ComECE) eingesetzten Weisenrates.....	16
---	----

Ein „neues Europa“ bauen –

inspiriert von der Wahrheit des Evangeliums

Ansprache von Papst Benedikt XVI. im Rahmen einer Audienz für die Teilnehmer des Kongresses der Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft (ComECE) „Werte und Perspektiven für Europa – 50 Jahre Römische Verträge“ in Rom.....	36
--	----

Eröffnungsansprache des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Karl Kardinal Lehmann, beim ökumenischen Vespertagesdienst anlässlich des 50. Jahrestages der Unterzeichnung der Römischen Verträge in Berlin	42
---	----

Geleitwort

*„Wenn nicht der Herr das Haus baut,
müht sich jeder umsonst, der daran baut.“*

Psalm 127, 1

Das Haus Europa, wie es oft genannt wird, hat nach dem Zweiten Weltkrieg viele Baumeister gehabt. Dazu gehören namhafte Politiker, wie Monnet, Schuman, Adenauer, De Gasperi, Delors oder Kohl, und eine nicht zu bestimmende Zahl unbekannter Europäerinnen und Europäer, die sich für Frieden, Freiheit, Wohlstand und das Zusammenwachsen unseres Kontinents eingesetzt haben. Ihnen allen ist für dieses großartige Mühen um die Einigung unseres Kontinents von Herzen zu danken.

Der 50. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge am 25. März 2007 war ein guter Anlass, daran zu erinnern, dass das europäische Einigungswerk der vergangenen Jahrzehnte trotz mancher Verzögerungen eine wirkliche Erfolgsgeschichte ist. Der Psalmist erinnert uns jedoch daran, dass alles menschliche Mühen begrenzt ist. Im Letzten ist es Gott selbst, der uns an seiner Schöpfung Anteil haben und das menschliche Wollen und Handeln glücken lässt. So dürfen wir vor allem ihm für diese lange Zeit des Wohlergehens in Europa danken und um seinen zukünftigen Beistand bitten.

Dank und Bitte, Würdigung des Erreichten und Ausblick auf das für die Zukunft Europas Notwendige sind auch von kirchlicher Seite aus Anlass des Jubiläums der Römischen Verträge in Gottesdiensten, Tagungen und Texten zum Ausdruck gebracht worden. Dies soll hier dokumentiert werden. Es ist zugleich der Versuch einer europäischen Standortbestimmung. Es ist auch kirchliches Angebot zum Dialog mit den europäischen Instituti-

onen, mit denen, die in den Nationalstaaten Verantwortung für europäische Fragen tragen, und mit allen, die die Einigung Europas interessiert begleiten. Und es will schließlich Ermutigung zum Engagement für Europa sein. Europa braucht dieses Engagement, besonders auch den Einsatz der Christen.

Dabei mag der flammende Appell Leitlinie sein, mit dem sich Papst Johannes Paul II. in seinem Nachsynodalen Apostolischen Schreiben „Ecclesia in Europa“ an Europa gewandt hat: „Kehre du selbst um! Sei du selbst! Entdecke wieder deine Ursprünge. Belebe deine Wurzeln! Du hast im Laufe der Jahrhunderte den Schatz des christlichen Glaubens empfangen. Dieser begründet dein soziales Leben auf den Prinzipien des Evangeliums, und seine Spuren sind in den Künsten, in der Literatur, im Denken und in der Kultur deiner Nationen wahrnehmbar. Doch dieses Erbe gehört nicht nur der Vergangenheit an; es ist ein Zukunftsplan zum Weitergeben an die künftigen Generationen, weil es der Ursprung des Lebens der Menschen und Völker ist, die miteinander den europäischen Kontinent geschmiedet haben.“

Ich wünsche der Dokumentation über das Jubiläum hinaus eine nachhaltige Aufnahme und danke Herrn Dr. Frank Ronge vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz in Bonn für die sorgfältige Betreuung.

Bonn/Mainz, im Juni 2007

A handwritten signature in black ink, reading "Karl Kardinal Lehmann". The signature is written in a cursive, slightly slanted style.

Karl Kardinal Lehmann
Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz

Europa: In Verantwortung vor Gott und den Menschen

Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz zum 50. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge*

„Die Zeit scheint also reif dafür, dass die Idee Wirklichkeit werde. ... Warum noch zaudern? Das Ziel ist klar, die Bedürfnisse der Völker liegen offen vor aller Augen. Dem, der im Voraus eine absolute Garantie für den glücklichen Ausgang haben möchte, müsste man antworten, dass es sich wohl um ein Wagnis, aber um ein notwendiges Wagnis handle, um ein Wagnis jedoch, das den gegenwärtigen Möglichkeiten entspreche, um ein vernünftiges Wagnis. ... Wer absolute Gewissheit verlangt, beweist keinen guten Willen gegenüber Europa.“ Mit diesen Worten hat Papst Pius XII. gut drei Jahre vor der Unterzeichnung der Römischen Verträge für Europa das „Zustandekommen einer kontinentalen Union seiner Völker, die sich zwar voneinander unterscheiden, aber geographisch und historisch miteinander verbunden sind“ eingefordert – gegen alle Bedenken. Wie es die Kirche immer wieder vor und nach ihm getan hat, so hat er in einer schwierigen Zeit all denen nachdrücklich Mut gemacht, die sich für ein geeintes Europa einsetzten. Des-

* Der Text wurde am 15. März 2007 veröffentlicht. Eine englische und französische Version des Textes finden sich auf der Homepage der Deutschen Bischofskonferenz: www.dbk.de

halb auch hat die Kirche die Heiligen Benedikt, Cyrill und Methodius, Katharina von Siena, Birgitta von Schweden und Edith Stein zu Patronen Europas erhoben. Zu denken ist aber auch an Papst Johannes Paul II. und seinen Beitrag zur Überwindung der Zweiteilung unseres Kontinents.

Der europäische Einigungsprozess hat seit der Unterzeichnung der Römischen Verträge über die Gründung einer Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und einer Europäischen Atomgemeinschaft immer wieder auch Verzögerungen und Krisen erfahren. Auch heute ist die europäische Einigung in einer Phase, die von vielen als Krise beschrieben wird. Und doch hat Europa in den letzten fünfzig Jahren eine beispiellose Zeit des Friedens und des Wohlstands erlebt. Es lohnt deshalb in dieser Situation, sich der Ursprünge dieses europäischen Integrationsprozesses zu erinnern, seine Grundbestimmungen wahrzunehmen und die Aufgaben Europas zu erkennen.

Erinnerung

Trümmer und Schuld waren die Ausgangspunkte des europäischen Einigungswerkes in der Mitte des vergangenen Jahrhunderts. Millionen Menschen hatten durch Krieg und Gewaltherrschaft ihr Leben verloren, hatten unvorstellbares Leid erfahren, waren enturzelt.

Die Erfahrung von Jahrhunderten, dass Europäer Europäer bekämpften, hatte sich in den Jahren des Zweiten Weltkrieges erschreckend verdichtet. Dem wollten die Männer und Frauen – viele von ihnen ausdrücklich durch ihren Glauben motiviert – begegnen, die bald nach dem Krieg mutig für Versöhnung zwischen den europäischen Völkern eintraten, angefangen bei der Versöhnung zwischen Deutschland und Frankreich. Nie wieder

sollten Europäer mit Europäern Krieg führen. Um dies zu verhindern, sollte eine enge Verbundenheit zwischen den Völkern geschaffen werden, zunächst konkret durch eine Verzahnung der Volkswirtschaften. Dieser Weg, der auf besondere Weise mit der vor fünfzig Jahren gegründeten Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft beschritten wurde, war für Westeuropa ein außerordentlich großer Erfolg. Umso bedeutsamer war es, dass nach den Revolutionen der Jahre um 1989 für die mittel- und osteuropäischen Staaten der Weg frei wurde und Europa wiedervereinigt werden konnte. Heute vergessen wir den ursprünglichen Beweggrund europäischer Einigung angesichts vielfältiger praktischer Probleme nur allzu leicht, obwohl er doch so erfolgreich war und ist: Die europäische Integration, wie sie heute in der Europäischen Union ihre Gestalt gefunden hat, ist eine friedenschaffende und friedensichernde Kraft, wie wir sie in der Geschichte kaum ein zweites Mal finden. Dass diese Kraft stark war und ist, gilt auch, wenn sie an einem Ort im Herzen Europas nicht ausgereicht hat: Die Kriege im ehemaligen Jugoslawien bilden eine schmerzende Wunde.

Zugleich steht die Erfahrung der Schuld am Anfang, auch wenn diese Schuld nicht sofort, sondern erst nach und nach eingestanden wurde. Es ist dies die Schuld an Auschwitz, an dem ungeheuerlichen Völkermord und den Verbrechen gegen die Menschlichkeit mitten in Europa, die von Deutschland ausgingen. Schon nach dem Zweiten Weltkrieg galt und ebenso gilt heute: Nie wieder darf sich Auschwitz wiederholen. Die gemeinsame Erinnerung der europäischen Völker aber ist erst in einem jahrzehntelangen Prozess gewachsen, und sie hat Europa verändert. Die Erinnerung an Europas ermordete Juden ist Kriterium für die wiedergefundene Humanität unseres Kontinents.

Wenn wir am 25. März 2007 den fünfzigsten Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge begehen, dann müssen wir uns dieser Ursprungsmotive erinnern. Sie stellen bis heute die erste und nach wie vor wichtigste Legitimation der europäischen Einigung dar. Das hat konkrete Folgen. Das europäische Einigungswerk ist unvollendet, solange nicht alle europäischen Staaten, die dies wollen, an dem wichtigsten Instrument europäischen Zusammenhalts, der Europäischen Union, teilhaben. Es ist nicht eine beliebige Frage politischer Interessen, ob sie alle, besonders auch die Staaten des westlichen Balkans, Mitglied der Europäischen Union werden können, sondern eine Verpflichtung der heutigen Mitglieder, alles dafür zu tun, dass dies gelingt. Das Gleiche gilt für die Beitrittsaspiranten. Auch sie müssen sich vorbereiten: Dazu gehört neben politischen und wirtschaftlichen Reformen ebenso, das eigene Erbe anzunehmen, auch wenn dieses schmerzhaft und schuldbeladen ist, wie etwa auf dem Balkan.

Die europäischen Völker wollen einen anderen Umgang untereinander und mit den Anderen pflegen als zuvor: nicht mehr gegeneinander, sondern – bisherige Grenzen überwindend – miteinander. Europa ist nicht mehr Synonym für Erbfeindschaften und Krieg, sondern für Konfliktlösung und Konfliktvermeidung ohne Waffen. Das ist das neue Europa! Insofern kann die Europäische Union eine Antwort auf die tragische Geschichte dieses Kontinentes sein. Sie will es sein. Das ist die europäische Hoffnung!

Bekanntnis

„Die Würde des Menschen ist unantastbar“, mit diesen nicht relativierbaren Worten beginnt die Europäische Grundrechtecharta. Sie nimmt damit die übereinstimmende Grundlage des Verfassungsdenkens der europäischen Staaten auf, auch die unseres

Grundgesetzes. Zum Ausdruck kommt darin der unbedingte Vorrang des Menschen. Der Mensch ist allem gesellschaftlichen und staatlichen Handeln vorgeordnet. Er ist Person, deren Würde angetastet wird, wenn ihre Freiheit ungerechtfertigt beschnitten oder das Leben – in welcher Phase auch immer – durch Menschen beendet wird. Die Würde des Menschen wird aber auch angetastet, wenn er nicht ein Mindestmaß an Gütern hat, um sich am Leben der Gesellschaft zu beteiligen, denn der Mensch ist nicht nur Individuum, sondern zugleich ein soziales Wesen. Er ist auf andere bezogen, er lebt mit anderen, nicht allein.

Diese doppelte Beschreibung des Menschen hat von Anfang an im europäischen Integrationsprozess nach dem Zweiten Weltkrieg ihren Ausdruck gefunden: in der Hochschätzung der Menschenrechte, der Freiheitsrechte wie der sozialen Grundrechte, konkret in der praktischen Ermöglichung von Freizügigkeit bei gleichzeitigem Schutz der Lebens- und Arbeitsbedingungen oder beispielsweise in der Ausweitung des Wettbewerbs bei gleichzeitigem Schutz dieses Wettbewerbs vor Verfälschungen, also vor einer zu starken Stellung einzelner. So findet es sich schon in den Römischen Verträgen. Die europäische Integration hatte immer auch eine soziale Dimension. Dies bleibt Verpflichtung.

Die doppelte Beschreibung des Menschen spiegelt zugleich die christliche Vorstellung vom Menschen wider, den wir als von Gott nach seinem Bild geschaffen ansehen. Dies hat unseren Kontinent über Jahrhunderte geformt und in seiner Kultur einen Ausdruck gefunden. Dass die europäische Politik grundsätzlich von diesem Menschenbild geprägt ist, ist das eigentliche christliche Erbe Europas, das in der Gegenwart Europas lebendig und für die Gestaltung der Zukunft Europas von bleibender Bedeutung ist. Das schließt Anfragen und Kritik an konkreten politischen Maßnahmen nicht aus, sondern fordert sie gerade heraus,

wie etwa hinsichtlich einer EU-Forschungsförderung, die den Schutz des Lebens nicht hinreichend ernst nimmt. Hier haben die Kirchen und jeder einzelne Christ einen bleibenden politisch-diakonischen Auftrag. Deshalb ist es gut und notwendig, dass es einen regelmäßigen Dialog zwischen den Kirchen und der Europäischen Union geben soll.

Wenn wir heute zu Recht die glückliche Erfolgsgeschichte der europäischen Integration in den vergangenen fünfzig Jahren feiern, dann bekennen wir uns zugleich zu dem Menschenbild, das Europa zutiefst prägt. Das sollten wir uns bewusst machen. Deshalb gehört in einen europäischen Grundlagentext, der die Verfassung der Europäischen Union umschreibt, sowohl eine rechtlich verbindliche Charta europäischer Grundrechte als auch ein der geschichtlichen Wahrheit verpflichteter Bezug auf das christlich-jüdische Erbe Europas und dessen bleibende Wirksamkeit.

Verantwortung

„Europa ist ein Beitrag für eine bessere Welt“, so hat Jean Monnet, einer der Begründer der europäischen Einigung nach dem Zweiten Weltkrieg, unseren geeinten Kontinent charakterisiert. Dies ist eine Chance, aber auch Verpflichtung.

Zunächst nach innen: Schon in den Römischen Verträgen wurde formuliert, dass die europäische Vergemeinschaftung die „stetige Besserung der Lebens- und Beschäftigungsbedingungen ihrer Völker als wesentliches Ziel“ anstrebt, mithin die konkrete Lebenswelt der Menschen bessern soll. Der Gemeinsame Markt mit seinen vier Grundfreiheiten: der Freizügigkeit von Gütern und Dienstleistungen, Arbeit und Kapital, hat viel zum Wohlstand und Wohlergehen der Menschen beigetragen. Es

stellte jedoch eine krasse Verkürzung des Begriffs der Freiheit dar, wenn diese allein auf den Wirtschaftsbereich bezogen und hier allein im Sinne einer Abschaffung von Regeln und Pflichten verstanden würde. Freiheit muss für alle lebbar sein; staatliche Ordnungen, auch die Europäische Union, müssen dazu beitragen, dass ein selbstbestimmtes Leben der Menschen möglich ist. Die ursprüngliche Hoffnung Europas, mittels institutionalisierter Zusammenarbeit liberale Wirtschaftsordnung und solidarische Gesellschaftsordnung in eine gute Balance zu bringen, muss deshalb wiedererweckt werden. Nur so werden auch die Menschen Europa wieder als ihr Anliegen begreifen. Noch so ambitionierte Programme zur Förderung der Wirtschaft und Vergleiche Europas mit anderen Wirtschaftsräumen auf der Welt dürfen sich nie gegen die Menschen wenden. Konkret bedeutet dies etwa, dass der Lissabon-Prozess einer klaren sozialen Dimension bedarf. So ist es notwendig, dass die Europäische Union in ihrer gesamten Politik stärker die Bedürfnisse der Familien in den Blick nimmt. Dies nicht, wie es leider auch in nationalen Kontexten immer wieder im Rahmen der Debatten um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf geschieht, um die Familien an die Arbeitswelt anzupassen, sondern umgekehrt, um Wirtschaft und Arbeitswelt familienfreundlicher zu gestalten. Europa muss familienorientierter werden und den Menschen stärker ins Zentrum rücken. Schon vor fünfzig Jahren waren die europäischen Einrichtungen auch Instrumente, die den Menschen Sicherheit gaben in einer Zeit zunehmender grenzüberschreitender Wirtschaftsbeziehungen – man denke nur an die Probleme der sogenannten Wanderarbeitnehmer. Um wie viel mehr kann die Europäische Union heute eine Antwort auf die für viele beängstigenden Bedingungen einer globalisierten Welt sein.

Dies bedeutet dann aber auch eine Verantwortung Europas nach außen, für die übrige Welt: Europa hat in den letzten fünfzig Jahren eine Form der Kooperation entwickelt, die darauf verzichtet, das Recht des Stärkeren durchzusetzen, sondern gerade darauf baut, dass auch die kleinen Staaten in Europa mit ihren Anliegen Beachtung finden. Auch wenn das Vertrauensverhältnis zwischen den europäischen Staaten sicher noch immer nicht frei von Belastungen ist und weiter gestärkt werden muss, so kann Europa mit seiner Form der Kooperation doch Vorbild sein für Konfliktlösungen in vielen Teilen der Welt. Und es kann diese Form politischen Agierens, nämlich nicht allein die eigenen Interessen zu formulieren, sondern auch die der anderen in den Blick zu nehmen, selbst in die internationale Politik einbringen. Dazu muss es den Mut zu einer gemeinsamen Außenpolitik aufbringen. Darüber hinaus sollte Europa echte Entwicklungspartnerschaften mit den armen Regionen dieser Welt begründen, vor allem mit dem Nachbarkontinent Afrika, und tatkräftigen Einsatz im Kampf gegen die weltweite Massenarmut an den Tag legen. Dazu gehört auch, dass die Europäische Union ihre Märkte besonders für die ärmeren Nationen und deren Produkte öffnet. Zu einer Verantwortung Europas für die Welt gehört in einer Zeit vielfältiger Konflikte weltweit ebenfalls die Bereitschaft, Flüchtlinge und Verfolgte menschenwürdig aufzunehmen. Eine Herausforderung, die über Europa hinausgeht und wirklich globalen Charakter hat, ist der Klimawandel und damit der Schutz der Schöpfung insgesamt. Da sich in Europa wohl früher als in einigen anderen Teilen der Welt eine gewisse Sensibilität für die Notwendigkeit des Klimaschutzes entwickelt hat, wird es eine Aufgabe Europas sein, selbst alle Möglichkeiten zum Schutz des Klimas, etwa auch durch eine vorausschauende Energiepolitik, auszuschöpfen und gemeinsam

in internationalen Zusammenhängen wie der G8 für den Schutz des Klimas einzutreten.

Die europäische Einigung der letzten fünfzig Jahre ist eine Erfolgsgeschichte. Wenn Europa um seine Herkunft und seine Grundlagen weiß, wird es auch das Vertrauen der Europäer haben. Damit Europa aber auch seiner Verantwortung in der Zukunft gerecht werden kann, braucht es eine gut funktionierende innere Ordnung, die die Europäische Union auch dann, wenn sie eines Tages wirklich alle europäischen Völker vereint, nach innen und außen handlungsfähig macht. Es ist deshalb gut, wenn zum fünfzigsten Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge der europäische Verfassungsprozess neu aufgenommen wird. Dabei muss uns bewusst sein, dass alles menschliche Handeln endlich, dass keine Politik absolut ist. Dies will der Gottesbezug einer Verfassung deutlich machen. Europa braucht ihn. Den Staats- und Regierungschefs, die sich in Berlin feierlich versammeln und eine gemeinsame Erklärung zu den Grundlagen der Europäischen Union abgeben werden, können wir auch heute mit den Worten Pius' XII. zurufen: „Warum noch zaudern? Das Ziel ist klar, die Bedürfnisse der Völker liegen offen vor aller Augen.“

Ein Europa der Werte Die ethische Dimension der Europäischen Union

Bericht eines von der Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft (ComECE) eingesetzten Weisenrates*

Einleitung

1. Seit Robert Schuman im Mai 1950 seine berühmte Rede hielt, hat ein historischer Prozess, der unaufhaltsam schien, die europäischen Länder einander innerlich näher gebracht. Seinen Ausdruck hat er gefunden in den einzelnen Etappen von der Zollunion bis hin zu den Gemeinschaftspolitiken und zur einheitlichen Währung, in denen sich die Europäische Gemeinschaft entwickelte und vertiefte. Von Anfang an (Artikel 2 des

* Der Bericht wurde den Bischöfen der ComECE am 23. März 2007 im Rahmen des ComECE-Kongresses „Werte und Perspektiven für Europa – 50 Jahre Römische Verträge“ in Rom übergeben. Der hier abgedruckte Text stellt eine Übersetzung des französischen Originals dar. Dem Weisenrat der ComECE gehörten an: Michel Camdessus, Frankreich; Pat Cox, Irland; Philippe de Schoutheete, Belgien; Franz Fischler, Österreich; Sr. Madeleine Fredell, Schweden; Tomáš Halík, Tschechische Republik; Jan Kułakowski, Polen; Karl Lamers, Deutschland; Vytautas Landsbergis, Litauen; Jerzy Łukaszewski, Polen; Maria Martens, Niederlande; Mario Monti, Italien; Marcelino Oreja Aguirre, Spanien; Lorenzo Ornaghi, Italien; Jan-Peter Paul, Finnland; Alois Peterle, Slowenien; Onno Ruding, Niederlande; Jacques Santer, Luxemburg; Peter Serracino-Inglott, Malta; Manuela Silva, Portugal; Peter Sutherland, Irland; József Szájer, Ungarn; Erwin Teufel, Deutschland; Stephen Wall, Vereinigtes Königreich; Anna Záborská, Slowakei.

Vertrags von Rom zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft) ging es darum, eine harmonische, ausgewogene Entwicklung der wirtschaftlichen Aktivitäten und ein hohes Beschäftigungsniveau und soziale Sicherung zu fördern. Es ging auch darum, die Achtung der Menschenwürde in einem gemeinsamen Raum des Friedens und der Sicherheit zu fördern. Weil sie eine Zukunftsperspektive und eine immense Hoffnung zu bieten hat, ist die europäische Einigung durch die Beitritte neuer Länder zu einem wesentlichen Faktor in der schrittweisen, friedlichen Ausbreitung der Demokratie geworden. Die wiederholten und schließlich auch von Erfolg gekrönten Anstrengungen der mittel- und osteuropäischen Länder, sich von der kommunistischen Diktatur zu befreien, haben die Öffnung der Europäischen Union für den gesamten Kontinent möglich gemacht. Zum ersten Mal seit Jahrhunderten herrscht heute in ganz Europa Frieden. Die Europäer können auf diese in einem halben Jahrhundert vollbrachte Leistung stolz sein. Aber sind sie es auch?

2. Die Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden im Jahr 2005 haben die Zweifel, die Unsicherheit und Unzufriedenheit vieler Bürger und Bürgerinnen sichtbar werden lassen. Diese Gefühle sind zwar nicht neu, sie haben sich bereits in dem dänischen Referendum zum Vertrag von Maastricht ausgedrückt. Doch heute sind sie sehr viel weiter verbreitet, auch wenn viele Neinstimmen aus Besorgnissen herrührten, die nicht unmittelbar mit der Europäischen Union als solcher zu tun hatten. Jeder weiss, dass ähnliche Empfindungen auch in den Ländern bestehen, in denen kein Referendum stattgefunden hat. Sie spiegeln eine Spaltung wider zwischen der Sicht der politischen Eliten, die der europäischen Einigung und dem Verfassungsvertrag im Allgemeinen wohlwollend gegenüberstehen, und der Sicht eines Großteils der Öffentlichkeit, die vor allem

durch die Globalisierung der Wirtschaft, durch die Infragestellung der europäischen Sozialmodelle und durch die im erweiterten Europa zu erwartende Vielfalt der Kulturen beunruhigt wird. Die europäische Einigung muss auf neue Herausforderungen antworten, aber leider haben die verschiedenen Sitzungen des Europäischen Rates in den Jahren 2005 und 2006 die Dynamik der Union nicht neu belebt.

3. Tatsache ist, dass die europäischen Politiker während einer langen Periode garantierter Sicherheit und wachsender Prosperität eine zu technokratische Sicht der europäischen Einigung gepflegt haben. Da über den Endzweck des europäischen Unternehmens keine klare Übereinstimmung herrschte, haben sie aufgehört, von den zu Grunde liegenden Werten zu sprechen. Die Europäische Union, die ein visionärer Entwurf war – nämlich die Völker und Nationen zu einen, um so einen dauerhaften Frieden zu sichern –, erscheint heute als ein mechanischer Prozess. Dass Frieden herrscht, versteht sich heute von selbst. Für die jüngere Generation ist die Gefahr des Krieges Geschichte. Viele Bürgerinnen und Bürger sehen in der Europäischen Union einen schwerfälligen und mächtigen, entfernten und teuren institutionellen Apparat, auf den sie keinerlei Einfluss haben und der sich in endlosen Debatten über Themen ergeht, die sie nicht verstehen. In einer Gesellschaft, in der angesichts von Globalisierung und Umweltzerstörung, einer hohen strukturellen Arbeitslosigkeit und des Alterns der Bevölkerung die Unruhe wächst, wird die technische Struktur der EU für die gefühlten Schwierigkeiten verantwortlich gemacht. Dies umso mehr, als die nationalen Politiker entweder aus Bequemlichkeit oder aus Unachtsamkeit diese Struktur zum Sündenbock und Urheber sämtlicher Übel gemacht haben, indem sie ihr Funktionieren

und ihre Politik anprangerten, die doch vor allem von ihnen selbst entwickelt wurde.

4. Um dem Zweifel und der Unzufriedenheit zu begegnen und um Europa seinen Bürgern wieder näher zu bringen, wird man sich auf das Wesentliche besinnen müssen. Es gilt an das zu erinnern, was nie hätte in Vergessenheit geraten dürfen: Jenseits von Politiken und Institutionen beruht die europäische Einigung zuallererst auf Werten, auf einer ethischen Sicht des Zusammenlebens in der Gesellschaft. Jede Rechtsgemeinschaft sollte auf Werten gegründet sein. Diese Werte sind im Fall der Europäischen Union nicht ausschließlich christlich, wohl aber tief in der christlichen Tradition verwurzelt. Sie haben ihren Ursprung und ihr Ziel in der Achtung der Menschenwürde, die für die Christen die Konsequenz aus dem göttlichen Schöpferakt, der Menschwerdung Christi und dem Wirken des Heiligen Geistes ist. Im offiziellen Diskurs treten sie kaum in Erscheinung, und selbst die Erinnerung an sie ist durch die Gewohnheit bisweilen schon ausgelöscht. Und doch haben die Europäische Gemeinschaft und dann die Europäische Union diese menschlichen Werte auf dem ganzen Kontinent und dadurch eben auch in den Gebieten gestärkt, die zuvor unter der Herrschaft von Zwang und Gewalt litten. Genau deshalb dürfte es hilfreich sein, sie zu identifizieren und zu beschreiben. Sie können nämlich deutlich machen, dass es im Entwurf der europäischen Einigung eine ethische Dimension gibt, in der sich alle Europäer, also auch alle Christinnen und Christen in Europa, wieder finden können und auf die sie stolz sein dürfen.

Friede und Freiheit

5. Die dauerhafte Aussöhnung zwischen Frankreich und Deutschland war das wichtigste Ziel von Robert Schuman und Konrad

Adenauer. Seit den 1950er Jahren hat die Politik der europäischen Einigung, die zur Unterzeichnung der Römischen Verträge führte, unter Führung von Menschen mit einer echten politischen Vision die Kontakte vervielfacht und durch die Schaffung und Regulierung eines gemeinsamen Marktes die Wechselbeziehungen verstärkt. Indem sie die Völker um gemeinsame Aufgaben und Ziele versammelte, hat sie die wirtschaftlichen, politischen und psychologischen Verhältnisse beseitigt, die in der Vergangenheit zu Konflikten geführt hatten und auch in der Zukunft zu Konflikten hätten führen können. Für Westeuropa war das Ergebnis die längste Friedensperiode der Neuzeit. Der heutigen Generation mag diese Errungenschaft eine Selbstverständlichkeit sein, doch in der historischen Perspektive und im Blick auf das Gemeinwohl zeigt sich die ganze Bedeutung der europäischen Einigung.

6. Dieser Friedenswille hat sich durch die sukzessiven Erweiterungen nach und nach auf den gesamten Kontinent einschließlich der mittel- und osteuropäischen Länder ausgedehnt, deren Vergangenheit von Gewalt und von Antagonismen gezeichnet ist, die sich mit denen des Westens durchaus vergleichen lassen. Dass sich fast ganz Europa erstmals seit dem Mittelalter in Frieden und Freiheit vereinigt hat, ist eine grosse, historische Errungenschaft. Leider ist diese Rechtfertigung der Erweiterung der Union um die mittel- und osteuropäischen Länder in den alten Mitgliedsländern nicht hinreichend erklärt und darum auch kaum verstanden worden.

7. Inzwischen hat die heimtückische Bedrohung des Terrorismus in New York und Bali, dann auch in Madrid und London den Europäern bewusst gemacht, dass Frieden und innere Sicherheit auf ganz verschiedene Art bedroht sein können und nur eine gemeinsame Anstrengung ihm die Stirn zu bieten vermag.

Dies ist ein weiterer Grund, die europäische Einigung fortzusetzen, eine neue Form jenes Strebens nach Frieden, das die Gründungsväter beseelte.

8. Die Europäische Union ist gegründet auf dem freiwilligen Beitritt ihrer Völker „unter Ablehnung jedes Gebrauchs von Gewalt, jedes Zwangs und jeder Drohung“, wie Paul Henri Spaak bei der Unterzeichnung der Römischen Verträge vor fünfzig Jahren auf dem Kapitol sagte. Sie nimmt nur demokratische Staaten auf, die die Menschenrechte und die Grundfreiheiten achten (Artikel 6 des Vertrags über die Europäische Union). Das Recht der Europäischen Union verlangt, dass alle Mitgliedsstaaten die Weisungen der Europäischen Menschenrechtskonvention respektieren; dazu gehören das Recht auf Leben, die Religions- und Meinungsfreiheit, das Recht von Mann und Frau auf Ehe und die Gründung einer Familie.

9. Weil sie sich auf die freie Zugehörigkeit ihrer Mitglieder und auf die Achtung der Menschenrechte gründet, hat die Europäische Union eine politische Berufung, nicht weniger als die Europäische Gemeinschaft, aus der sie hervorgegangen ist. Die Verwirklichung und der verantwortliche Gebrauch der Freiheit in ihrer ökonomischen Dimension stehen im Zentrum der europäischen Einigung, die vor fünfzig Jahren mit dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in Gang gesetzt wurde. Die vier Freiheiten, welche die Grundlage des Binnenmarkts bilden (der freie Verkehr von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital), sind die ersten, die von diktatorischen Regimes in Frage gestellt werden. Die von der europäischen Kommission verantwortete Wettbewerbspolitik soll verhindern, dass die Mächtigen den Markt auf Kosten der Schwächeren beherrschen. Die Regionalpolitik zielt darauf ab, den aus der Öffnung eines großen Marktes stammenden Wohlstand ge-

recht zu verteilen und einen strukturellen Ausgleich zugunsten benachteiligter Regionen herbeizuführen. Die einheitliche Währung ist auf Grund der Kontrolle der öffentlichen Finanzen ein Element des Ausgleichs zwischen den Generationen, insofern sie verhindert, dass die Schuldenlast die kommenden Generationen erdrückt.

Die Annäherung der Völker

10. Die Präambel des Vertrags von Rom spricht davon, „die Grundlagen für einen immer engeren Zusammenschluss der europäischen Völker zu schaffen“. „Worum es geht“, sagte Jean Monnet, „ist die Vereinigung der Interessen der europäischen Völker und nicht die Bewahrung des Gleichgewichts dieser Interessen.“ Wenn man sich bewusst dafür entscheidet, dass sich die Völker einander annähern und dass nicht einfach nur die Staaten kooperieren, dann hat die europäische Einigung einen eigenen, außerordentlich wirksamen Beitrag zum internationalen Leben geleistet. Dies ist die tiefere Rechtfertigung des supranationalen Elements (der „Gemeinschaftsmethode“) in der Arbeit der gemeinsamen Institutionen.

11. Durch den besonderen Charakter der Kommission, die dazu berufen ist, das gemeinsame Interesse der Mitgliedsstaaten zu definieren, und die das Monopol für das Einbringen von Gesetzesvorhaben hat, durch das Mehrheitsvotum im Ministerrat und durch die Mitentscheidung des Parlaments ist die „Gemeinschaftsmethode“ eher auf die Suche des Gemeinwohls und nicht so sehr auf den Ausgleich nationaler Interessen ausgerichtet. Daher rührt ihre ethische Dimension, denn das Gemeinwohl ist immer größer als die Summe der je individuellen nationalen Interessen.

12. Im Lauf der Zeit und mit der Ausweitung der Kompetenzen hat sich in Abweichung vom Geist der Gründerväter die intergouvernementale Dimension neben der „Gemeinschaftsmethode“ entwickelt. Seit der Einheitlichen Europäischen Akte und dem Maastrichter Vertrag existieren die beiden Ansätze innerhalb der Europäischen „Union“ recht unglücklich nebeneinander. Man muss wohl sagen, dass Europa in den letzten Jahren den klassischen intergouvernementalen Ansatz bevorzugt hat. Damit hat es viel von seiner Originalität, Inspiration und Effizienz verloren. Wenn die Umstände es erfordern, dass eine Entscheidung auf der europäischen Ebene getroffen wird, verdient die „Gemeinschaftsmethode“, die die Solidarität der Völker und die Suche des Gemeinwohls voranstellt, unsere ganze Unterstützung. Demgegenüber birgt die intergouvernementale Methode die Gefahr der Lähmung sowie nationalistischer und populistischer Abwege in sich, weil sie den Akzent auf mitunter unterschiedliche nationale Interessen legt. Welche verheerende Wirkung das haben kann, wissen wir aus der Geschichte. Schaut man sich die politische Entwicklung in manchen unserer Länder an, ist diese Befürchtung keinesfalls illusorisch.

13. Der Begriff der Unionsbürgerschaft, der durch den Vertrag von Maastricht 1992 eingeführt wurde, unterstreicht, dass die Annäherung der Völker eines der Ziele der Union ist. Sie kommt zur nationalen Bürgerschaft hinzu und existiert an ihrer Seite. Die europäische Bürgerschaft fügt der nationalen Bürgerschaft etwas hinzu, sie nimmt ihr nichts. Die Programme für den Austausch von Studierenden (Erasmus und andere) sowie Partnerschaften von Städten und Gemeinden sind ebenfalls bedeutsam. Die europäische „Gemeinschaft“ weiß sehr wohl um das, was zur Annäherung der Staaten beiträgt, doch mit Vorzug behandelt sie das, was die Annäherung der Menschen fördert. Darin orientiert sie sich an der christlichen Tradition. Die Initia-

toren von Erasmus haben ausdrücklich auf die transnationale universitäre Gemeinschaft Bezug genommen, wie sie im christlichen Mittelalter und in der Renaissance bestand. Die Europäische Union müsste diese Programme natürlich noch über den Rahmen der Universitäten hinaus erweitern, um das gegenseitige Wissen über Völker und Kulturen zu vertiefen.

Macht und Verantwortung

14. Indem sie einen großen Markt schuf, hat die Europäische Gemeinschaft in wenigen Jahrzehnten aus der Asche des Krieges eine bedeutende wirtschaftliche und währungspolitische Weltmacht erstehen lassen. Seit einigen Jahren ist sie nun bestrebt, sich auch mit diplomatischer und militärischer Stärke zu wappnen. An sich ist Macht kein sittlicher Wert. Aber sie gewinnt einen solchen, wenn sie dazu dient, den Frieden, die Menschenwürde und die Grundrechte zu fördern. In Krisensituationen führt Ohnmacht zur Untätigkeit, und die Untätigkeit kann verheerende Folgen haben. Ungeachtet ihrer Uneinigkeit erarbeitet sich die Union ganz allmählich die Fähigkeit zur gemeinsamen Präsenz in Krisengebieten. Reales Gewicht kann sie nur haben, wenn sie stark und geeint ist.

15. Der beträchtliche Einfluss, den die Union zugunsten der Demokratisierung, Liberalisierung, Stabilisierung und Entwicklung vieler europäischer Staaten ausgeübt hat und immer noch ausübt, hängt mit dem Beispiel von Versöhnung, Stabilität und Prosperität zusammen, das die europäische Einigung liefert. Ihre Anziehungskraft ist eine Form der Macht, der „soft power“. Indem sie diese Macht einsetzte, um ihr Umfeld zu stabilisieren, hat die Union verantwortlich gehandelt.

16. Der reale Einfluss der Union im interkontinentalen Dialog, der fortschreitend die Regeln der Globalisierung festlegt und damit eine Art „global governance“ etabliert, gründet auf ihrer wirtschaftlichen Stärke und dem gemeinschaftlichen Handeln. Immer häufiger wird ihre Intervention verlangt. Sie ist empfänglich für die Erfordernisse einer nachhaltigen Entwicklung, für die Achtung der Menschenrechte, für die Nord-Süd-Partnerschaft, für die Weiterentwicklung eines auf der Vorherrschaft des Rechts gegründeten internationalen Systems. Indem sie dies tut, übt sie ihre Rolle und ihre Verantwortung in den Debatten der Welt aus. Ihr Beitrag gewinnt mit dem Fortschreiten der Globalisierung an Bedeutung. Was würde wohl geschehen, wenn wir gegenüber den kontinentalen Mächten USA, China, Indien oder Russland alle vereinzelt handeln würden?

Vielfalt, Subsidiarität und Differenzierung

17. Das Ziel der Union ist, „die Solidarität zwischen ihren Völkern unter Achtung ihrer Geschichte, ihrer Kultur und ihren Traditionen [zu] stärken“ (Präambel des Vertrags über die Europäische Union). „Die Gemeinschaft leistet einen Beitrag zur Entfaltung der Kulturen der Mitgliedstaaten unter Wahrung ihrer nationalen und regionalen Vielfalt sowie gleichzeitiger Hervorhebung des gemeinsamen kulturellen Erbes“ (Artikel 151 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft). Das verhältnismäßig höhere Gewicht, das den kleinen Mitgliedsstaaten in allen Institutionen der Union schon zu Anfang, aber auch nach der Erweiterung eingeräumt wurde, bezeugt den Respekt vor ihrer Identität und Besonderheit. Keine andere internationale Einheit vergleichbarer Größe zeigt soviel Respekt gegenüber der Vielfalt der gesprochenen und geschriebenen Sprache in ihren gemeinsamen Institutionen. Die Vielfalt wird

nicht nur als Wirklichkeit, die sie ist, wahrgenommen, sondern als eine Bereicherung.

18. Die Europäische Union ist die einzige internationale Organisation, die in ihren Grundtexten das Prinzip der Subsidiarität festgeschrieben hat, demgemäß Entscheidungen „möglichst bürgernah getroffen werden“ (Artikel 1 Abs. 2 des Vertrags über die Europäische Union). Ihm zufolge greift die Gemeinschaft nur ein, „sofern und soweit die Ziele der in Betracht gezogenen Maßnahmen auf Ebene der Mitgliedstaaten nicht ausreichend erreicht werden können“ (Artikel 5 Abs. 2 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft). Das Subsidiaritätsprinzip liefert ein Kriterium für die Gewaltenteilung zwischen verschiedenen behördlichen Ebenen. Es wird häufig missverstanden, ist keineswegs leicht zu verwirklichen und kann in einzelnen Fällen zu divergenten Interpretationen führen. Daher sieht der Verfassungsvertrag ein Kontrollrecht für die nationalen Parlamente vor. Bemerkenswert ist, dass das hier zugrunde liegende Prinzip, das die Berücksichtigung der jeweils bürgernächsten Entscheidungsebenen impliziert, direkt aus der Sozialverkündigung der Kirche stammt: „[Es] verstößt [...] gegen die Gerechtigkeit, das, was die kleineren und untergeordneten Gemeinwesen leisten und zum guten Ende führen können, für die weitere und übergeordnete Gemeinschaft in Anspruch zu nehmen; zugleich ist es überaus nachteilig und verwirrt die ganze Gesellschaftsordnung“ (Enzyklika *Quadragesimo anno*, Nr. 79).

19. Eine zahlenmäßig größere und heterogenere Union verlangt zudem, dass man die Möglichkeit einräumt, mit unterschiedlicher Geschwindigkeit voranzugehen und folglich manchen Mitgliedsstaaten zu erlauben, dass sie in eine Richtung voraneilen, die noch nicht alle einzuschlagen vermögen. In einigen Fällen geschieht das bereits, so etwa beim Euro und beim Schengener

Abkommen. Diese Vorgehensweise muss aber offen bleiben für die Beteiligung aller Mitgliedstaaten, die mitmachen können und wollen. Kein Staat darf genötigt werden, sich auf einen Weg einzulassen, der ihm nicht angemessen ist. Falls aber die Gemeinschaftsmethode nicht zum Erfolg führt, soll sich jeder, unter Respektierung des Vertrags und der vereinbarten Regeln, in einer Richtung engagieren dürfen, die ihm aussichtsreich scheint. Eine von der Kommission ausgeübte Kontrolle würde die Achtung des Gemeinwohls garantieren, und die (im Verfassungsvertrag vorgesehene) Zustimmung des Europäischen Parlaments gewährt demokratische Legitimität. Die Arbeit an der europäischen Integration ist das allen gemeinsame Ziel, aber in diesem Kontext spiegelt die Einräumung unterschiedlicher Geschwindigkeiten die Vielfalt und Verschiedenheit der Mitglieder der Union wider, die zu respektieren eine der Grundtugenden des ganzen Unternehmens ist.

Multilateralismus und Toleranz

20. Der Multilateralismus hat sich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in Europa entwickelt als eine Reaktion auf die tragischen Konsequenzen totalitärer Ideologien, die den Kontinent mit Blut befleckt haben. Die Europäische Union ist dafür das am weitesten entwickelte Beispiel:

- Sie schafft (in ganz bestimmten Grenzen) eine supranationale Macht;
- sie unterstellt die Staaten dem europäischen Recht, dem sie den Vorrang sichert, und überträgt die Kontrolle dem Europäischen Gerichtshof;

- wie jede zumindest in Teilen föderal inspirierte Konstruktion teilt sie die Ausübung der öffentlichen Autorität zwischen verschiedenen Machtebenen auf;
- dabei orientiert sie sich am Prinzip der Subsidiarität (siehe oben Punkt 18), wie es von der katholischen Kirche gerade zur Abwehr der totalitären Ideologie entwickelt worden ist.
- sie schafft einen wirksamen Entscheidungsmechanismus – die Gemeinschaftsmethode –, die das Gemeinwohl zu verwirklichen sucht und eine Beherrschung der kleinen Staaten durch die Grossen verhindert.

Auf diese Weise bewahrt die europäische Einigung unsere Gesellschaften vor der Übermäßigkeit eines engen Nationalismus, der – und davon zeugt unsere ganze Geschichte – zu Dominanzstreben und Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und mitunter zum Rassismus führt. Zugleich findet sie weit über unsere Grenzen hinaus Anklang, weil sie einen Ausgleich zwischen Marktwirtschaft und einem gewissen Maß an Regulierung anstrebt und zu erreichen scheint.

21. Diese Ambition und ihr Erfolg haben wie Katalysatoren für die Bildung regionaler Zusammenschlüsse auf anderen Kontinenten vergleichbarer Ausrichtung gewirkt. Diese freiwilligen und nicht hegemonialen Zusammenschlüsse wie der Mercosur oder ASEAN erlauben sich schnell entwickelnden Ländern sterile Konflikte zu vermeiden, den Frieden in ihrer Region zu sichern, Produktion und Güterverkehr zu rationalisieren, die Armut zu verringern und ihre Stimme auf Weltniveau zu Gehör zu bringen. In vielerlei Hinsicht ist der multilaterale Prozess der Europäischen Union, weil er neu und ausgewogen ist und sich als effizient erwiesen hat, ein Modell für eine multilaterale Regelung der durch die Globalisierung hervorgerufenen Probleme.

Er ist jedenfalls unsere beste Chance, aktiv an der Bewältigung dieser Probleme mitzuwirken.

22. Das Wesen des Multilateralismus besteht letztlich im wirklichen Funktionieren gemeinsamer Institutionen, die die Vorherrschaft des Rechts, die Abwesenheit von Hegemonie, die Suche des Gemeinwohls auf dem Wege des die legitimen Interessen der verschiedenen Seiten berücksichtigenden Kompromisses garantieren. Toleranz, Respekt vor unseren Nachbarn unabhängig von Gewicht und Größe, eine Lösungssuche, die es erlaubt gemeinsam voranzugehen, stehen im Mittelpunkt des Systems. Darin liegt seine Bedeutung, und verleiht ihm seinen Wert.

Die Solidarität innerhalb der Union

23. Die Solidarität, unter Berufung auf das „gemeinsame Schicksal“, von dem die Präambel des Vertrags über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl von 1951 spricht, steht von Anfang an im Zentrum der europäischen Einigung. In den fünfziger Jahren von Politikern eingeführt, die mehrheitlich der Christdemokratie und der Sozialdemokratie entstammten, prägt dieser Begriff die Gemeinschaft. Ihre Philosophie war und ist die soziale Marktwirtschaft, die auf eine von Land zu Land unterschiedliche Weise Wirtschaft und Soziales miteinander verbindet.

24. Historisch hat sich die „gemeinschaftliche“ Sicht gegen die Vertreter eines reinen, schlichten Liberalismus entwickelt, die in den 1950er Jahren eine bloße Freihandelszone wollten. Die „gemeinschaftliche“ Sicht hat sich in Politiken verkörpert, die man in ihren Einzelheiten gewiss kritisieren kann, die sich aber klar am Solidaritätsbegriff orientieren: Die Agrarpolitik, so unvollkommen sie sein mag, bringt eine Solidarität zwischen Stadt und Land zum Ausdruck, und die Kohäsionspolitik setzt die So-

lidarität zwischen reichen und armen Regionen um; beide zusammen machen drei Viertel des Budgets der Union aus.

25. Der Globalisierungsdruck zwingt dazu, die verschiedenen europäischen Sozialmodelle zu modernisieren, nicht aber, sie aufzugeben. Die sozialen Errungenschaften der Europäischen Union in den Bereichen der Gleichstellung von Mann und Frau, der Gesundheit und Arbeitssicherheit, des Elternurlaubs sind beachtlich. Die neuen Mitgliedsstaaten, die ihre Gesetzgebung ändern mussten, um den gemeinschaftlichen Besitzstand auf diesem Gebiet übernehmen zu können, sind sich dessen sehr wohl bewusst. Anderswo überwiegt der Eindruck, die Union privilegiere das Ökonomische zum Nachteil des Sozialen. Gewiss verbleibt die Sozialgesetzgebung im Wesentlichen in nationaler Zuständigkeit. Man darf darüber aber nicht vernachlässigen, was in dieser Hinsicht auf europäischer Ebene bereits erreicht worden ist. Es bedarf im Gegenteil der Weiterentwicklung, beispielsweise durch die Garantie eines gleichberechtigten Zugangs für alle zu den Diensten der Daseinsfürsorge.

26. Der zweite Teil des Verfassungsvertrags, die Charta der Grundrechte, enthält zwölf Artikel, die unter der Überschrift „Solidarität“ von den Aspekten der Sozialpolitik handeln. Derselbe Vertrag weist in seinem ersten Teil eine Solidaritätsklausel für den Fall von Terroranschlägen oder Naturkatastrophen auf (Artikel 43). Der Beschluss, alle Mittel zu mobilisieren, die eine schnelle Reaktion auf solche Ereignisse ermöglichen, ist sehr begrüßenswert. Auch wenn der Vertrag nicht in Kraft getreten ist, wurde diese Klausel wörtlich in die Schlussfolgerungen des Europäischen Rats nach dem Terroranschlag von Madrid im Jahr 2004 aufgenommen. Die Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten ist eines der Bindemittel der Union. In einer

Zeit, da manche sie in Frage stellen, gilt es sie neu zu bekräftigen.

Die Solidarität mit der Welt

27. Da die internen Diskussionen oft schwierig sind, kommt es vor, dass die Union als introvertiert und ganz von ihren inneren Spannungen absorbiert erscheint. Doch grundsätzlich ist Europa offen für die Welt und ihre Probleme. In seiner Erklärung von 1950 hat Robert Schuman ausdrücklich einen Akzent auf unsere Verpflichtung gegenüber Afrika gelegt. Der Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, dessen 50. Jahrestag wir begehen, enthielt einen Titel über die Assoziierung der überseeischen Länder und Hoheitsgebiete. Heute setzt Europa im Geist der Solidarität und Partnerschaft erhebliche Mittel ein. Die Union hat das weltweit größte Budget für humanitäre und Katastrophenhilfe (ECHO). Die weltweite Entwicklungshilfe ist sicher nicht ausreichend, aber mehr als die Hälfte dieser Hilfe wird von der Union bzw. ihren Mitgliedstaaten geleistet. Im Lauf der Jahre wurden spezifische Programme für verschiedene Regionen entwickelt: der Europäische Entwicklungsfonds (EEF) für die Länder Afrikas, der Karibik und des Pazifik, das Gemeinschaftshilfeprogramm für die Länder Osteuropas (PHARE) sowie die Programme TACIS für die ehemalige Sowjetunion und MEDA für den Mittelmeerraum und den Mittleren Osten. Es ist sicher nötig und möglich, noch mehr und vor allem Besseres tun, zum Beispiel unseren eigenen Markt zu öffnen oder die Subventionen für die Landwirtschaft zu begrenzen, wenn sie widersinnige Auswirkungen haben. Wir müssen das Versprechen für mehr Entwicklungshilfe einlösen, das wir auf verschiedenen internationalen Foren gegeben haben. Es bleibt aber eine Tatsache, dass die Union einen substantiellen Beitrag zum Be-

mühen um weltweite Solidarität leistet, weil sie sich als „gute Bürgerin“ des Planeten erweisen will. Sie weiß, dass „Entwicklung der neue Name für Frieden (ist)“ (Populorum Progressio 76).

28. Der Krieg ist das größte Hindernis für die Entwicklung, wie die Geschichte der europäischen Länder, aber auch die jüngsten Ereignisse im Nahen Osten und in Zentralafrika zeigen. Seit 2003 hat Europa, in der Regel auf Ersuchen der Vereinten Nationen, rund ein Dutzend friedenserhaltende Operationen durchgeführt (so zum Beispiel im Libanon und im Kongo). Immer häufiger wird es zur Wahrung des Friedens in Krisensituationen angerufen. Das zeigt: Die internationale Gemeinschaft nimmt immer deutlicher wahr, dass die Europäische Union fähig und willens ist, einen entscheidenden Beitrag zum Weltfrieden, zur Entwicklung, zu den Menschenrechten und zum Kampf gegen die Armut zu leisten.

Schluss

29. Die Politiker der Nachkriegsgeneration werden zu Recht dafür gelobt, dass sie es verstanden, den brudermörderischen und blutigen Konflikten ein Ende zu setzen. Ihre Aufgabe war schwer. Die heutigen Herausforderungen sind kaum leichter: Globalisierung, Klimawandel, demographische Explosion in einem Teil der Welt, die Alterung der Bevölkerung, Armut und soziale Ausgrenzung, die Verknappung wichtiger Ressourcen wie Wasser und Energie, massenhafte Migration, Pandemien und lokale Konflikte, die sich zu vervielfachen drohen. Aber die Politiker von heute sind auch besser gewappnet als ihre Vorgänger vor sechzig Jahren. Ungeachtet all ihrer Schwächen haben die nach dem Zweiten Weltkrieg errichteten und seither weiter entwickelten multilateralen Institutionen ein Netz der Zusammenarbeit geknüpft, das in dieser Dichte in früheren Jahrhun-

dernten unbekannt war. Es erlaubt, annehmbare Lösungen für die wichtigsten internationalen Probleme zu finden. Die Europäische Union ist eines der wichtigsten und aufgrund ihres hohen Integrationsniveaus auch eines der festesten Elemente dieses Netzes.

30. Die Einheit der Welt war nie sichtbarer und unsere Verantwortung für ihre Gestaltung nie offensichtlicher. Eine neue Generation von Europäern, die sich der inneren Werte bewusst ist, die Europa in sich getragen und die es sich bewahrt hat, muss jetzt die Nachfolge antreten. Ihre Verantwortung ist es, den gerechten Frieden, den richtig verteilten Wohlstand und das Gleichgewicht der Macht zu sichern, die eine fünfzigjährige Anstrengung in unsere Reichweite gerückt hat. Um das zu erreichen, müssen sie sich dringend den neuen Herausforderungen stellen:

- Die öffentliche Meinung muss von den Verdiensten und der Wirksamkeit der europäischen Einigung und ihren Werten überzeugt sein, damit Bürgerinnen und Bürger sich persönlich zugunsten des Gemeinwohls, das sie zum Ziel hat, einsetzen.
- Die Europäische Union braucht ein den Erfordernissen des 21. Jahrhunderts angepasstes, nachhaltiges System des wirtschaftlichen Regierens und der sozialen Solidarität.
- Man darf nicht so tun, als gäbe es die Globalisierung nicht. Sie bedarf der Ordnung und der Regulierung, um das in ihr liegende Potential für mehr Wohlstand allen zu Gute kommen zu lassen. Die Europäische Union ist dafür ein Instrument.
- Klimawandel, Energieversorgung, Umweltschutz auf globaler Ebene sind weitere Probleme, die dringend angegangen

werden müssen und bei deren Bewältigung die Union eine führende Rolle spielen sollte.

- Sicherheit im weitesten Sinne setzt voraus, dass man wirtschaftliche Entwicklung und den Kampf gegen die Armut fortsetzt, aber auch, dass man gegen internationale Kriminalität und Terrorismus kämpft und sich dem Phänomen der massenhaften Migration zuwendet sowie – dem Beispiel der Union folgend – der Fortentwicklung des internationalen Rechts. Als verantwortliche Weltmacht muss sich die Union auch weiterhin in Operationen zur Wahrung und Wiederherstellung des Friedens in vielen Weltregionen engagieren.

31. Diese Probleme lassen sich nicht von einem einzigen Staat bewältigen, mag er noch so mächtig sein. Wir müssen sie deshalb mit Rücksicht auf das Subsidiaritätsprinzip auf europäischer Ebene angehen. Bei der Suche nach Lösungen für globale Probleme ist das Gewicht jedes einzelnen Landes der Union gering, manchmal fast gleich null. Doch wenn alle gemeinsam handeln, können sie dank ihres kollektiven Gewichts zum einen ihre eigenen Interessen besser vertreten, zum anderen aber auch für gerechte und der Sache angemessene Lösungen eintreten. Aus diesem Grund ist unsere Fähigkeit, Entscheidungen zu treffen, unsere Eignung, die intergouvernementale Diskussion zu überwinden, um mit Hilfe der „Gemeinschaftsmethode“ das Gemeinwohl zu suchen, nicht nur eine Frage der technischen Effizienz. Es ist die notwendige Bedingung, um unsere gemeinsamen Probleme zu lösen, und auf der Weltebene einen förderlichen Einfluss auszuüben. Bei ihrer Entscheidungsfindung muss die Europäische Union stets die von ihr verkörperten grundlegenden Werte achten, darunter die Menschenwürde und die Grundrechte. Der beständige Fortschritt der Naturwissenschaft-

ten bringt große und unbestreitbare ethische Probleme mit sich, insbesondere bei den Lebenswissenschaften.

32. Die Europäische Union ist keine Schicksalsfügung, sie ist zu jeder Zeit eine willentliche Konstruktion gewesen, zerbrechlich freilich wie jedes menschliche Konstrukt. Heute sucht sie ihren Weg. Sie muss sich ihrer Stärke besser bewusst werden, die in den ihr innewohnenden Werten liegt: Menschenwürde und Menschenrechte, Friede, Freiheit, Demokratie, Toleranz, Respekt vor der Vielfalt und vor der Subsidiarität, Streben nach dem Gemeinwohl ohne Herrschaft einer Gruppe über die andere. Sie gründet sich auf die Solidarität unter ihren Mitgliedern und gegenüber den anderen, insbesondere den Benachteiligten. Sie steht zu ihrer Verantwortung bei der Suche nach Lösungen für die Weltprobleme. Mehr als die Institutionen oder die Politik sind es die von der Europäischen Union verkörperten Werte, welche das Interesse, das Prestige und die Hoffnung erklären, die das seit einem halben Jahrhundert in Europa Geleistete in der Welt hervorruft. Diese ihr zugrunde liegenden Werte, diese implizite Ethik sind keine flüchtigen Gegebenheiten. Sie wurzeln tief in der jahrhundertealten Tradition des Christentums wie auch in den Traditionen anderer religiöser Überzeugungen und Weltanschauungen. Diese Werte und Traditionen sind heute ebenso lebendig wie in der Vergangenheit. Sie können und müssen für die Zukunft eine Quelle der Inspiration bleiben. So wird die Einigung Europas für die Bürger das werden, was sie stets hätte bleiben müssen: eine legitime und lebendige Quelle des Stolzes und Grundlage einer kraftvollen Hoffnung für die Zukunft.

Ein „neues Europa“ bauen – inspiriert von der Wahrheit des Evangeliums

**Ansprache von Papst Benedikt XVI.
im Rahmen einer Audienz für die Teilnehmer
des Kongresses der Kommission der Bischofs-
konferenzen der Europäischen Gemeinschaft
(ComECE) „Werte und Perspektiven für
Europa – 50 Jahre Römische Verträge“**

Rom, 24. März 2007

Meine Herren Kardinäle,
verehrte Mitbrüder im bischöflichen Dienst,
verehrte Abgeordnete,
sehr geehrte Damen und Herren!

Es freut mich ganz besonders, Sie so zahlreich in dieser Audienz zu empfangen. Sie findet am Vortag des 50. Jahrestages der Römischen Verträge statt, die am 25. März 1957 unterzeichnet wurden. Damals vollendete sich ein wichtiger Abschnitt für Europa, das nach dem Zweiten Weltkrieg völlig verarmt war und eine Zukunft in Frieden und größerem wirtschaftlichen und sozialen Wohlstand aufbauen wollte, ohne die unterschiedlichen nationalen Identitäten aufzulösen oder zu verneinen. Ich grüße den Vorsitzenden der Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft, Bischof Adrianus Herman van Luyn von Rotterdam, und ich danke ihm für die

freundlichen Worte, die er an mich gerichtet hat. Weiter grüße ich die anderen Bischöfe, die hohen Persönlichkeiten und alle, die an der Tagung teilnehmen, die in diesen Tagen von der ComECE veranstaltet wurde, um über Europa nachzudenken.

Dieser Kontinent hat seit jenem März vor fünfzig Jahren einen langen Weg zurückgelegt, der zur Versöhnung der beiden „Lungen“ – des Ostens und des Westens – geführt hat, die durch eine gemeinsame Geschichte verbunden sind, aber willkürlich durch einen Vorhang der Ungerechtigkeit getrennt waren. Die wirtschaftliche Integration hat die politische Integration angeregt und die noch immer mühsam vorangehende Suche nach einer institutionellen Struktur gefördert, die für eine Europäische Union angemessen ist, die nunmehr 27 Mitgliedsländer zählt und danach strebt, in der Welt ein global handelndes Subjekt zu werden.

In diesen Jahren verspürte man immer mehr das Bedürfnis, ein gesundes Gleichgewicht zwischen der wirtschaftlichen und der sozialen Dimension durch eine Politik herzustellen, die imstande war, Reichtum hervorzubringen und die Konkurrenzfähigkeit zu erhöhen, ohne jedoch die berechtigten Erwartungen der Armen und Ausgegrenzten zu vernachlässigen. Unter dem demographischen Gesichtspunkt hingegen muss man leider feststellen, dass Europa anscheinend einen Weg eingeschlagen hat, der es zum Abschied von der Geschichte führen könnte. Das könnte nicht nur das wirtschaftliche Wachstum gefährden, sondern auch enorme Schwierigkeiten für den sozialen Zusammenhalt hervorrufen und vor allem einen gefährlichen Individualismus fördern, der die Folgen für die Zukunft nicht beachtet. Man könnte beinahe denken, dass Europa das Vertrauen in die eigene Zukunft verliert. Des weiteren wird, was zum Beispiel den Umweltschutz oder den geordneten Zugang zu den Energie-

quellen und -investitionen betrifft, die Solidarität nicht nur im internationalen, sondern auch im nationalen Bereich nur mühsam gefördert. Es zeigt sich, dass der europäische Einigungsprozess selbst nicht von allen geteilt wird aufgrund des verbreiteten Eindrucks, dass manche „Kapitel“ des Europa-Projekts „geschrieben“ wurden, ohne die Erwartungen der Bürger angemessen zu berücksichtigen.

Aus all dem geht klar hervor, dass man nicht meinen darf, ein echtes „gemeinsames Haus“ bauen zu können, wenn die den Völkern dieses unseres Kontinents eigene Identität vernachlässigt wird. Es handelt sich in der Tat zunächst um eine geschichtliche, kulturelle und moralische Identität und erst an zweiter Stelle um eine geographische, wirtschaftliche oder politische; um eine Identität, die aus einem Gesamt von universalen Werten besteht, zu deren Formung das Christentum beigetragen hat; somit hat es nicht nur eine historische, sondern eine gründende Rolle gegenüber Europa übernommen. Diese Werte, die die Seele des Kontinents bilden, müssen im Europa des dritten Jahrtausends als „Sauerteig“ der Zivilisation bestehen bleiben. Denn kämen sie abhanden – wie könnte der „alte“ Kontinent weiterhin die Funktion eines „Sauerteigs“ für die ganze Welt erfüllen? Wenn die Regierungen der Union anlässlich des 50. Jahrestages der Römischen Verträge sich ihren Bürgern „annähern“ wollen – wie könnten sie ein so wesentliches Element der europäischen Identität wie das Christentum ausschließen, mit dem sich eine große Mehrheit der Bürger weiterhin identifiziert? Ist es nicht Grund zur Überraschung, dass das heutige Europa einerseits danach strebt, sich als eine Wertegemeinschaft darzustellen, andererseits aber immer öfter zu bestreiten scheint, dass es universale und absolute Werte gibt? Führt diese einzigartige Form der „Apostasie“ von sich selbst, noch bevor sie Apostasie von Gott ist, Europa vielleicht nicht dazu, an der eigenen Identi-

tät zu zweifeln? Schließlich wird so die Überzeugung verbreitet, dass die „Güterabwägung“ der einzige Weg für die moralische Unterscheidung und dass das Gemeinwohl ein Synonym für Kompromiss sei. Der Kompromiss kann wohl ein legitimer Ausgleich von verschiedenen Einzelinteressen sein; er verwandelt sich aber jedes Mal in Gemeinübel, wenn er Vereinbarungen mit sich bringt, die für die Natur des Menschen schädlich sind.

Eine Gemeinschaft, die aufgebaut wird, ohne die echte Würde des Menschen zu achten, insofern sie vergisst, dass jede Person als Abbild Gottes geschaffen ist, gereicht am Ende niemandem zum Wohl. Deshalb scheint es immer unerlässlicher, dass sich Europa vor dieser heute so weit verbreiteten pragmatischen Haltung hüte, die den Kompromiss über die wesentlichen menschlichen Werte systematisch rechtfertigt, als handle es sich um die unvermeidliche Annahme eines vermeintlich kleineren Übels. Ein derartiger, als ausgewogen und realistisch präsentierter Pragmatismus ist im Grunde nicht so, gerade weil er jene Dimension der Werte und Ideale verneint, die der menschlichen Natur innewohnen. Wenn dann einem solchen Pragmatismus laizistische und relativistische Tendenzen und Strömungen eingepflanzt werden, verweigert man am Ende den Christen das Recht, sich als solche in die öffentliche Debatte einzubringen, oder es wird im besten Fall ihr Beitrag mit dem Vorwurf herabgesetzt, sie wollten unberechtigte Privilegien schützen. Im aktuellen geschichtlichen Moment und angesichts der vielen damit verbundenen Herausforderungen kann die Europäische Union, wenn sie ein guter Garant des Rechtsstaates und ein wirksamer Förderer der universalen Werte sein will, nicht umhin, mit Klarheit das sichere Dasein einer beständigen und bleibenden menschlichen Natur anzuerkennen, die Quelle gemeinsamer Rechte für jeden Einzelnen ist, einschließlich derer, die sie verneinen. In diesem Kontext ist das Recht auf Verweigerung aus Gewissens-

gründen jedes Mal, wenn die grundlegenden Menschenrechte verletzt werden, zu schützen.

Liebe Freunde, ich weiß, wie schwer es für die Christen ist, diese Wahrheit über den Menschen tapfer zu verteidigen. Aber werdet nicht müde, und verliert nicht den Mut! Ihr wisst: Ihr habt die Aufgabe, mit der Hilfe Gottes ein „neues Europa“ zu bauen, das realistisch, aber nicht zynisch ist, reich an Idealen und frei von naiven Illusionen und sich an der ewigen und lebenspendenden Wahrheit des Evangeliums inspiriert. Seid deshalb auf europäischer Ebene aktiv präsent in der öffentlichen Debatte, dies im Bewusstsein, dass sie nun integrierender Teil der nationalen Debatte ist, und begleitet diesen Einsatz mit einem wirksamen kulturellen Handeln. Beugt euch nicht der Logik der Macht als Selbstzweck! Eine ständige Anregung und Stütze sei euch die Mahnung Christi: Wenn das Salz seinen Geschmack verliert, taugt es zu nichts mehr; es wird weggeworfen und zertreten (vgl. Mt 5, 13). Der Herr mache alle eure Anstrengungen fruchtbar und helfe euch, die in der heutigen Gesellschaft vorhandenen positiven Elemente zu erkennen und zur Geltung zu bringen, gleichzeitig aber all das mutig anzuklagen, was gegen die Würde des Menschen ist.

Ich bin sicher, dass Gott die hochherzigen Bemühungen derer segnen wird, die im Geist des Dienstes tätig sind, um ein gemeinsames europäisches Haus zu bauen, wo jeder kulturelle, soziale und politische Beitrag das Gemeinwohl zum Ziel hat. Euch, die ihr schon in verschiedener Weise mit diesem wichtigen menschlichen und evangeliumsgemäßen Vorhaben befasst seid, spreche ich meine Unterstützung und meine lebhafte Ermutigung aus. Ich versichere euch vor allem eines Gedenkens im Gebet. Während ich den mütterlichen Schutz Marias, der Mutter des menschgewordenen Wortes, anrufe, erteile ich euch

und euren Familien und Gemeinschaften von Herzen meinen liebevollen Segen.

**Eröffnungsansprache
des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz,
Karl Kardinal Lehmann,
beim ökumenischen Vesperegottesdienst anlässlich
des 50. Jahrestages der Unterzeichnung
der Römischen Verträge**

Berlin, 25. März 2007

Zum Menschen gehört das lebendige Gedächtnis. Wir leben in der Geschichte mit Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Es ist nicht immer leicht, die verschiedenen Zeitdimensionen auf einmal gegenwärtig zu halten. Oft leben wir viel zu sehr vom Heute und haben nicht selten vergessen, was war, vor allem aber was uns auch heute und morgen noch bestimmt.

So ist es wohl auch mit der Europäischen Union. Wir leben nicht mehr in isolierten Nationalstaaten, sondern in einem größeren Verbund mit 27 Staaten. Am heutigen Tag sind es 50 Jahre, dass die sechs Gründerstaaten der heutigen Europäischen Union (Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und Niederlande) durch die sogenannten Römischen Verträge frühere Vereinbarungen (1951) über eine Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl mit einem gemeinsamen Markt (die „Montanunion“) auf alle Wirtschaftsbereiche ausgedehnt haben. Damit haben sie so etwas wie den Startschuss abgegeben für das Zusammenwachsen der heute in der Europäischen Union zusammengeschlossenen Staaten.

Dies ist nicht bloß ein äußerer Beginn. Es ist ein Anfang, der tief gründet, aber sich mit diesem zeitlichen Datum nicht erschöpft. Manches war gewiss schon während des Zweiten Weltkrieges und in der Nachkriegszeit vorbereitet. Aber die Idee der Europäischen Einheit, die z. B. Winston Churchill in der berühmten gewordenen Züricher Rede vom September 1946 forderte, nämlich „etwas wie die Vereinigten Staaten von Europa zu schaffen“, war zuerst politisch nicht wirksam. Europa blieb nur eine Idee, ohne Unterstützung durch die Realpolitik. Der „Eiserne Vorhang“, der sich in dieser Zeit auf Europa niedersenkte, und die Wahrnehmung einer neuerlichen Bedrohung aus dem Osten haben aber nun eine erstaunlich rasche politische Dynamik eben bis zu den Römischen Verträgen in Gang gebracht. Die Verträge wurden heute vor 50 Jahren im „Kapitol“ geschlossen. Damit ist nicht nur das alte Rom beschworen worden, das einst weite Teile Europas beherrscht hatte, sondern kein geringerer als Reinhold Schneider bezeichnete den Ort der Vertragsunterzeichnung als „Brunnenstube gegenwärtiger europäischer Geschichte“.

Diesen Ursprung dürfen wir nicht vergessen. Ohne eine zündende Idee wäre diese Gemeinschaft nie zustande gekommen. Es waren vor allem Politiker, die zu einem großen Teil auch engagierte Christen waren und die sich nach den Erfahrungen der nationalsozialistischen und stalinistischen Gräueltaten zu einem neuen Europa verschworen haben: Jean Monnet, Robert Schuman, Konrad Adenauer, Alcide De Gasperi, Winston Churchill, Charles de Gaulle, Paul-Henri Spaak. Wir verdanken das neue Europa vor allem diesen Wegbereitern und Gründungsvätern. Die großen Frauen und Männer gestalten eben doch mehr Geschichte, als wir heute oft wahrhaben wollen. Sie haben aus dem blutigen Gegeneinander vor allem des 20. Jahrhunderts die Konsequenzen gezogen, unterstützt auch durch Schriftsteller,

Dichter und Philosophen. Die Europaidee fand auch in den Kirchen schon früh und immer größere Unterstützung, vor allem auch bei allen Päpsten des 20. Jahrhunderts.

Der Schwung ist vielfach erlahmt. Freilich ist dennoch in diesen 50 Jahren viel erreicht worden. Viele nehmen freilich eine zunehmende Vorherrschaft ökonomischer Interessen wahr. Die Brüsseler Büro- und Technokratie wurde geradezu sprichwörtlich. Brüssel regiert bis in viele kleine Gesetze hinein, wurde unübersichtlich und beinahe anonym. Die politische Verantwortung im Parlament und in der Präsidentschaft des Rates wurde nicht so deutlich wie der mächtige Apparat. Kein Zweifel, es musste in diesem vielgestaltigen Europa durch eine effiziente Verwaltung auch nicht wenig koordiniert, ausgeglichen und korrigiert werden. Aber dass Europa am Ende besonders eine Gemeinschaft kultureller Errungenschaften und Werte sein muss, wurde mehr und mehr verdunkelt.

Aber lassen wir diese Klagen. Die Dinge sind auch hier immer komplizierter. Es gibt keine wahre Alternative zur tatkräftigen Verwirklichung der Europa-Idee. Aber woher nehmen wir am Ende die Kräfte und Motive für alle diese Bemühungen? Religion und Glaube helfen gerne mit am Anfange eines neuen Aufschwungs. Wir danken Ihnen, verehrte Frau Ratspräsidentin und Bundeskanzlerin, für Ihr klares Wort: „Für mich persönlich ergibt sich dieses Verständnis vom Menschen auch aus den jüdisch-christlichen Wurzeln Europas.“ In der Zwischenzeit sind wir aufgewacht, gewiss viel nüchterner. Aber wir brauchen mehr geistig-spirituelle Gemeinsamkeit, ohne dass die kulturelle Vielfalt zerstört werden dürfte. Manche Pioniere von damals meinten, wenn sie noch einmal anfangen könnten, würden sie es mit der Kultur versuchen.

Im 50. Jahr des Abschlusses der Römischen Verträge haben wir eine große Chance, die Europaidee von Grund auf vitaler und spiritueller zu begreifen. Wir müssen Europas fremd gewordene Fundamente dazu wieder neu entdecken. Es ist nach wie vor ein Wunder, dass dieser zerstrittene Kontinent in wenigen Jahrzehnten eine erstaunliche Einheit finden konnte und seit mehr als 60 Jahren in Frieden leben darf. (Sehen wir einmal auch als Zeichen und Mahnung vom Krieg im ehemaligen Jugoslawien ab!) Wirklich ein Glücksfall für Europa und die Welt (J.-Cl. Juncker)!

Die Übernahme der Präsidentschaft des Rates der Europäischen Union auf ein halbes Jahr durch Deutschland gab und gibt eine einzigartige Gelegenheit, um einen neuen Schwung zu versuchen. Dieser verlangt erneut das intensive Engagement aller Christen. In diesem Sinne darf ich Sie, zugleich im Namen meiner Brüder Bischof Prof. Dr. Wolfgang Huber und Seiner Eminenz Metropolit Augoustinos, auffordern, mit uns für das bisher Erreichte zu danken und um Gottes lebendigen Geist für die Zukunft zu bitten.